

NEWSLETTER

NORD SÜD *news* 1/2020



Kampf um Wohnraum: In Kambodscha wird eine Fischersiedlung geräumt, um »Elite Town« zu gründen

Gutes Wohnen

Nicht nur für Reiche

Luxuswohnungen entstehen, Arme werden verdrängt – der Anteil der Menschen, die in informellen Siedlungen wohnen, wächst neuerdings wieder. Was lässt sich tun? Die Europäische Bürgerinitiative »Housing for all«, an der sich auch der DGB beteiligt, hat erste Erfolge.

Im kolumbianischen Bogota waren es 191, in Rio de Janeiro 180 und in München immerhin 87 Stunden im Jahr: Auf der ganzen Welt verloren Berufspendler_innen laut Verkehrsdatenanbieter Irix 2019 zusammengerechnet viele Tage oder wie in Bogota sogar mehr als eine Woche im Stau. Nach dem Ende der Corona-Krise wird sich das wiederholen. Denn Millionen von Beschäftigten sind dazu gezwungen, lange Strecken auf

verstopften Straßen mit dem Auto oder in völlig überfüllten Bussen und Bahnen bei schlechten Verbindungen zur Arbeit zu fahren, weil eine Wohnung in der Nähe des Jobs zu teuer ist.

Wohnungsnot ist ein weltweites Problem. Dabei ist das Recht auf Wohnen ein Menschenrecht, festgeschrieben in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Sozialpakt der Vereinten Nationen.

Die Ballungszentren auf der ganzen Welt wachsen schneller, als angemessener Wohnraum für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen geschaffen wird. 2015 leben mit knapp 4 Milliarden Menschen 54 Prozent der Weltbevölkerung in Städten, im Jahr 2030 werden es nach Schätzungen der Vereinten Nationen, UN, 5 Milliarden sein.

Inhalt

Gutes Wohnen Nicht nur für Reiche
Position der Gewerkschaften: »Unternehmen haben eine Verantwortung« S. 3
Indien — Wohneigentum für Frauen: 89.000 Kredite für Abidas und andere S. 4
Vietnam — Sozialer Wohnungsbau: Bislang nicht mehr als ein Versprechen S. 5
Brasilien – Wohnungslosenbewegung: Erster Schritt: Ein Zelt über dem Kopf S. 6
Aus den Projekten Mehr als ein reines Hochschulprogramm S. 7
In Kürze Ex-IGB-Präsident João Felício tot COVID-19: Beschäftigte im Fokus Ratifiziert die C190! Schlechte Aussichten für die Jugend

www.nord-sued-netz.de NORD|SÜD NETZ

→ Den UN zufolge leben heute rund 1 Milliarde Menschen in äußerst prekären Verhältnissen in einem der weltweit 200.000 Slums. Für Reiche dagegen gibt es guten Wohnraum – der nicht selten wie in der kambodschanischen Stadt Phnom Penh auf Kosten der Ärmsten entsteht. Dort wurde die Fischersiedlung Tonle Basac gewaltsam geräumt, um auf dem Gelände die »Elite Town« zu errichten. Früher lebten hier Menschen mit geringem Einkommen. »Sie wurden vertrieben«, berichtet Roman Herre, Agrarexperte der Menschenrechtsorganisation FIAN.

Die Militärpolizei nahm die Bewohner_innen fest und transportierte sie an den Stadtrand, wo Armeefahrzeuge sie vor einer neuen Textilfabrik ausspuckten. Die informelle Siedlung, in der sie nun leben, hat keine soziale und technische Infrastruktur, bei Regen werden die Behausungen überschwemmt. Wie in Phnom Penh sind in informellen Siedlungen Unterkünfte in der Regel aus einfachen Materialien. »Direkt daneben lebt der Nachbar, vielleicht durch eine Plastikplane getrennt, vielleicht auch nicht«, berichtet Herre.

Die sanitäre Lage ist katastrophal, auch ohne die Corona-Krise sind Krankheiten ein großes Problem. Stirbt im Slum von Phnom Penh beispielsweise jemand an Cholera, stellen die Hinterbliebenen zur Warnung eine Puppe auf. »Corona breitet sich unter solchen Umständen völlig ungebremst und unkontrolliert aus«, sagt Herre. Abstand zu halten, ist kaum möglich. Wie das wirkliche Ausmaß der Infektionsausbreitung ist, wird unklar bleiben, fürchtet er. »In solchen Siedlungen wird es nur wenige Tests geben.«

Zwischen 2000 und 2014 ist der Anteil der in informellen Siedlungen lebenden Menschen an der Weltbevölkerung von 28 auf 23 Prozent gesunken. Doch 2018 kam die Trendwende, laut UN stieg der Anteil wieder. Eine der Ursachen: Landgrabbing, die Aneignung von Flächen durch Investoren. »Menschen verlieren den Zugang zu Land und Wasser und versuchen ihr Glück als Taxifahrer oder Kleinhändler in den Städten«, sagt

Beschleunigt wurde das nach der Finanzkrise. Seitdem stecken Investoren wie internationale Fonds oder Pensionskassen nicht nur viel Geld in Immobilien und treiben die Preise nach oben, sie legen auch massiv Geld im Agrarsektor an. Allein in Paraguay sind in den vergangenen 15 Jahren 5 Millionen Hektar Land in den Besitz von Großinvestoren gelangt. Mehr als 80 Prozent der Kleinbauern dort haben weniger als 20 Hektar Land, viele nur 5 Hektar oder weniger. Das Ärzteversorgungswerk Westfalen-Lippe etwa hat sich an einem Fonds beteiligt, der in Brasilien 133.000 Hektar Land gekauft hat, auf dem jetzt Soja für Tierfutter angebaut wird.

FIAN drängt darauf, dass bei den Regeln für Geldanlagen die Einhaltung von Menschenrechten vorgeschrieben wird, damit Landbewohner_innen nicht vertrieben werden. »Der Staat muss regulierend eingreifen«, fordert Herre. Auch die Umverteilung von Land müsse wieder Eingang in die entwicklungspolitische Diskussion finden. Noch vor 15 Jahren sei das für die Bundesregierung ein Thema gewesen, sagt Herre. Heute begleite die Regierung bei ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten vor allem Großinitiativen. »Kleinbauern werden diskriminiert«, sagt er. Statt lokale Kreisläufe zu unterstützen, gehe es darum, auf den Weltmärkten bestehen zu können. »Wir brauchen Alternativen«, sagt Herre. Statt Mega-Plantagen mit 50 Hektar zu

errichten, auf denen eine Person unter prekären Bedingungen arbeite, könnten auf einer solchen Fläche 50 Familien ihr Auskommen finden.

Auch in Europa ist Wohnungsnot ein Problem, wie Millionen Obdachlose zeigen. Für Geringverdienende sind hohe Mieten eine existenzielle Bedrohung. Mehr als 50 Millionen Menschen in Europa zahlen über 40 Prozent ihres Einkommens für Wohnen. Unter Beteiligung des DGB hat sich im vergangenen Jahr die Europäische Bürgerinitiative »Housing for all« gegründet, die europaweite Maßnahmen für günstigen Wohnraum fordert, etwa dass gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften von der Europäischen Investitionsbank bessere Konditionen bekommen und digitale Vermittler wie AirBnB dem Mietmarkt keine Angebote mehr entziehen können.

»Die Folgen einer Wohnungspolitik, die jahrelang unter einem Spardiktat lief und auf Investitionen verzichtet hat, sehen wir aktuell in Deutschland«, sagt Stefan Körzell, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB. Die Zahl der Sozialwohnungen sank in den vergangenen 30 Jahren von 3 Millionen auf 1,2 Millionen. Statt bislang rund 27.000 neue Sozialwohnungen jährlich müssten nach Auffassung der Initiator_innen 100.000 pro Jahr entstehen. Europa und Deutschland bräuchten eine Investitionsoffensive für den Wohnungsbau, fordert Körzell. »Eine europäische Investitionsoffensive für den sozialen Wohnungsbau kann einen wichtigen Beitrag dafür leisten, das soziale Gesicht Europas zu stärken.«

Ziel der Kampagne war, eine Million Unterschriften zu sammeln, damit sich die EU-Kommission und das EU-Parlament mit den Forderungen auseinandersetzen. Die Sammlung ist nach dem Brexit gestoppt worden. Aus Sicht der Initiator_innen war die Kampagne dennoch erfolgreich, denn das EU-Parlament hat das Anliegen aufgegriffen. »Im Dezember 2019 hatten wir die Gelegenheit, Housing for All auf einer Veranstaltung im EU-Parlament vorzustellen, die auf Initiative der Abgeordneten initiiert wurde«, sagt Karin Zauner-Lohmeyer, Sprecherin der Initiative. Das EU-Parlament hat inzwischen einen Antrag mit dem Titel »Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum für alle« auf den Weg gebracht.

Außerdem arbeitet die Initiative mit Leilani Farha zusammen, der UN-Sonderberichterstatterin für das Menschenrecht auf Wohnraum. Die Vereinten Nationen haben mit der Agenda 2030 das Recht auf Wohnen zu einem ihrer Nachhaltigkeitsziele erklärt. Bis 2030 soll für alle Menschen – im Norden wie im Süden – der Zugang zu angemessenen und bezahlbaren Wohnungen gesichert sein.



Muss man sich leisten können – Werbung für »Elite Town«



Autorin: Anja Krüger lebt als Journalistin in Berlin und beschäftigt sich viel mit Gewerkschaftspolitik.

»Unternehmen haben eine Verantwortung«

Wohnen ist eine gesellschaftliche Herausforderung, sagt Rasmus Raabjerg Nielsen vom gewerkschaftlichen Beratungsausschuss der OECD (TUAC). Arbeitgeber müssten deshalb dafür sorgen, dass die Beschäftigten von ihren Löhnen leben und Wohnraum finden können. Die Basis dafür seien Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen.

Nord Süd news: Im globalen Norden sorgen steigende Mieten für real kleinere Einkommen oder lange Arbeitswege, im Süden leben viele Beschäftigte unter unsäglichen Bedingungen. Welche Rolle spielen die Arbeitgeber dabei?

Rasmus Raabjerg Nielsen: Niemand, die oder der arbeitet, sollte gezwungen sein, im Slum zu leben. Wohnen ist nicht nur von zentraler Bedeutung für das wirtschaftliche Wohlergehen eines Landes und seiner Bewohner_innen. Es hat auch erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung in puncto Beschäftigung, Gesundheit oder Soziales. Bezahlbarer und angemessener Wohnraum für alle sollte daher ein gesellschaftliches Ziel sein. Die Arbeitgeber sind dafür verantwortlich, dass die Beschäftigten ein Entgelt erhalten, von dem sie Leben und Wohnen bestreiten können. Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen sind dafür die Basis. Zudem braucht es Sozialsysteme, die die Einkommenssicherheit der Arbeitnehmenden und ihrer Familien gewährleisten.

Was können Arbeitgeber konkret tun, um die Wohnsituation ihrer Beschäftigten zu verbes-

Sie sollten zunächst einmal einen Lohn zahlen, der alle regionalen Haushaltskosten abdeckt. Und sie sollten unbefristete Verträge bieten. Banken gewähren Kredite nur solventen Haushalten, die sie nach zwei Variablen definieren: Einkommensniveau und vor allem Arbeitsplatzsicherheit.

Haben Sie ein Beispiel für einen guten Ansatz?

Ich habe kürzlich von einem französischen multinationalen Unternehmen gehört, das die Nähe zum Arbeitsplatz in seine Akquisitionsstrategie einbeziehen will. Das ist vielversprechend.

In Deutschland wird derzeit das Modell der Werkswohnungen wiederentdeckt. Ist das eine Lösung?

Jede Initiative, die Arbeitnehmenden Zugang zu erschwinglichem und angemessenem Wohnraum eröffnet, ist gut. Die Frage ist jedoch, ob Werkswohnungen den Herausforderungen der heutigen Arbeitsmärkte gerecht werden. Welche_r Beschäftigte verbringt sein gesamtes Berufsleben noch bei ein und demselben Unternehmen? Meine Sorge wäre, dass dieses Modell die Arbeitnehmenden zu abhängig macht. Sie könnten zögern, sich an Arbeitskämpfen zu beteiligen oder sich einen neuen Job zu suchen, wenn nicht nur ihr Einkommen, sondern auch ihr Zuhause vom Arbeitgeber abhängt. Ein solches Modell bräuchte Schutzmaßnahmen - wie regulären Mieterschutz oder das Recht auf Privatsphäre.

Braucht es Mindeststandards? Man denke nur an die Fabrikarbeiterinnen, die in Banglarechte Miete« und kooperatives Wohnen können gute Alternativen sein. Das Hauptproblem bleibt jedoch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum - das muss angegangen werden.

Dafür müsste Immobilienspekulation begrenzt werden.

Wir sollten Wohnungsbau eher als öffentliches Gut denn als privaten Vermögenswert verstehen. Mehr öffentlicher und sozialer Wohnungsbau begrenzt die Immobilienpreise. Auch Obergrenzen für Mietniveaus und Mietsteigerungen sind wirksam. Instrumente wie der Berliner Mietspiegel setzen genau hier an, indem sie transparente Online-Tools zur Bewertung eines fairen Mietpreises bereitstellen, Straße für Straße. Aber auch gezielte Steuermaßnahmen können helfen.

Was können Gewerkschaften noch tun?



Weil sie zu weit weg wohnen, schlafen viele Arbeiter_innen zwischen den Schichten an ihrem Arbeitsplatz oder auf der Straße

desch auf dem Fußboden neben ihrer Nähmaschine schlafen müssen.

Gemäß den OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen haben solche Konzerne eine Verantwortung, die über das Gesetz hinausgeht - vor allem wenn sie in Entwicklungsländern und im Globalen Süden agieren. Die OECD-Richtlinien und andere internationale Standards scheinen jedoch in Bezug auf die Unterbringung zu schwach zu sein. Nichtsdestotrotz sollten die Unternehmen auf das Ziel Nr. 11 der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden verpflichtet werden. Zudem sollte eine wirksame Prüfung obligatorisch sein, die das Risiko von Zwangsarbeit und damit zusammenhängenden Unterbringungsmängeln ermittelt. Dann müssten Unternehmen verhindern, dass sich ihre Geschäftstätigkeit irgendwo in der Lieferkette nachteilig auf die Unterbringung der Beschäftigten auswirkt. Wenn sie Mängel feststellen, müssen sie für Abhilfe sorgen.

In Europa fordern die Gewerkschaften eine sozial gerechte Mietenpolitik oder unterstützen Genossenschaftswohnungen. Reicht das?

Vielleicht sollten wir Wohneigentum als bevorzugte Option in Betracht ziehen. »Sozial ge-

Die Gewerkschaftsbewegung hat Arbeitnehmenden in der Vergangenheit erfolgreich angemessenen Wohnraum verschafft. In den nordischen Ländern haben die Gewerkschaften zur Modernisierung des Wohnungsbestandes beigetragen und Pensionsfonds angestoßen, um den Bedarf an sozialem Wohnraum zu decken. Heute stehen wir vor einem Generationenproblem: Junge Menschen arbeiten oft unter unsichereren Bedingungen als noch ihre Eltern, was ihnen den Zugang zum Wohnungsmarkt erschwert. Hier sollten wir ansetzen. Wohnen ist eine gesellschaftliche Herausforderung – da bietet sich der soziale Dialog mit Regierungen und Arbeitgebern an, um Lösungen zu finden.

Der Interviewte: Rasmus Raabjerg Nielsen arbeitet im

gewerkschaftlichen Beratungsausschuss der OECD (TUAC). Seine Themenschwerpunkte sind unter anderem Entwicklungszusammenarbeit und Wohnen.



Uta von Schrenk ist freie Journalistin und schreibt unter anderem für verschiedene Gewerkschaftspublikationen.



Hier entsteht weißes Gold, Geld ist trotzdem knapp – Abida reinigt die feine Rohbaumwolle

89.000 Kredite für Abidas und andere

Die 50-jährige Abida wohnt in Indien mit neun anderen Leuten unter einem Dach. Sie produziert Baumwolldecken. Das Geschäft läuft gut. Doch die Einnahmen decken meist gerade die Ausgaben. Für weitere Nähmaschinen und mehr Platz fehlt Geld. Es hilft: das Projekt Sitara.

Es ist kurz nach vier Uhr früh. Noch ist die Sonne über der indischen Stadt Jaipur nicht aufgegangen, doch darauf kann Abida nicht warten. Die 50 Jahre alte Mutter von zwei Söhnen steht bereits an der hölzernen Entkörnungsmaschine und trennt klebrige Samenkörner von der feinen Rohbaumwolle. Hier entsteht weißes Gold, das Abida später selbst weiterverarbeiten wird. Spuren von Farbstoff, Kratzer und Wunden an ihren Händen zeugen von den weiteren Arbeitsschrit-

Nebenan hocken Abidas Söhne Saleem und Zaved, deren Frauen und Kinder. Die Küchendecke ist so niedrig, dass alle beim Essen und Kochen knien müssen. Zu zehnt wohnen sie mit Abida unter einem Dach. Das Haus ist Schlaf-, Wohn- und Arbeitsstätte. Zusammen mit drei Frauen aus der Nachbarschaft produzieren sie täglich rund zwanzig Decken – von der rohen Baumwolle bis hin zum fertig verzierten Produkt. Alles unter der Leitung von Abida. Die Nachfrage ist groß, doch am Ende des Monats decken die Einnahmen meist gerade die Ausgaben. Um mehr Kissen, Matratzen und Decken herstellen zu können, benötigt Abidas Familie weitere Nähmaschinen, mehr Baumwolle und vor allem mehr

Das alles kostet, doch Familien wie Abidas kommen nur schwer an Geld, denn sie arbeiten im informellen Sektor. Die internationale Arbeitsorganisation ILO kam 2018 zu dem Ergebnis, dass rund 81 Prozent der indischen Arbeiter_innen im informellen Sektor tätig sind. Millionen indischer Familien verdienen ihr Geld ohne feste Arbeitsverträge. Sie verkaufen Obst, Gemüse oder andere Waren. Ihr Einkommen reicht zum Überleben, vertraglich geregelt ist aber nichts. Meist handelt es sich zudem um Arbeiter_innen, die aus ihren Dörfern in Indiens Großstädte gezogen sind und dort in Slums oder anderen brü-

> Abida hat noch ein weiteres Problem: Sie ist eine alleinerziehende Mutter.

chigen Verschlägen hausen. Im Dezember 2016 lebten schätzungsweise bis zu 37 Millionen indische Familien in solchen »informellen Siedlungen«. Ihr Leben steht im wahrsten Sinne des Wortes auf tönernen Füßen.

Und Abida hat noch ein weiteres Problem: In Indien ist es ein soziales Hindernis alleinerziehende Mutter zu sein. »Eine Frau in Indien ist ihr gesamtes Leben abhängig von Männern: zuerst von ihrem Vater, dann von ihrem Ehemann und im hohen Alter schließlich von den Einkünften ihrer Söhne«, erklärt Benita Tresa. Dabei stellten Frauen meist das Rückgrat der Familien. Es sei daher sehr wichtig, gezielt Frauen zu unterstützen, meint die Analystin der finanzpolitischen Beratungsgruppe TAC Economics in Chennai.

Abida hat von »Sitara« Hilfe erhalten. Es ist

ein Projekt der »Self-Employed Women's Association« (SEWA), die indische Frauengewerkschaft wurde 1972 von Frauen der Textilgewerkschaft gegründet und hat seither mehrere Programme zur Unterstützung von Frauen und deren Familien entwickelt. »Wir von Sitara wollen gezielt die Wohnsituation von Frauen mit geringem Einkommen verbessern, sei es grundsätzlich, indem Frauen die Eigentumsrechte an ihrer Behausung bekommen, oder speziell, indem wir Mikrokredite ermöglichen, mit denen sie ihre Unterkünfte reparieren oder ausbauen können«, erklärt Shruti Gonsalves, die seit 2013 das Sitara-Projekt leitet. In Indien leben meist ganze Großfamilien unter einem Dach – von den Großeltern bis hin zu Enkeln und Großenkeln. Ein gutes und sicheres Haus bilde deshalb das essenzielle Fundament, betont Gonsalves.

Vielen Frauen im informellen Sektor fehle diese Grundlage: Die rechtliche Situation in Slums ist meist ungeklärt, zudem sind viele Behausungen in einem bemitleidenswerten Zustand. Oft gibt es kein fließendes Wasser, keine separate Toilette, bei Regen tropft es durch die Decke, viele Gebäude sind gar vom Einsturz be-

»Projekte wie Sitara sind sehr wichtig«, sagt Benita Tresa. »Sie sorgen vor allem für Bewusstsein und Informationen.« Denn an Geld mangele es im Grunde nicht. In Indien gibt es auf dem Papier unterschiedlichste Hilfsprogramme - von Krediten über Wohnprogramme bis hin zur Förderung einzelner Bevölkerungsgruppen. Eines haben die Programme der Zentralregierung wie auch der einzelnen Bundesstaaten aber gemeinsam: Die Hilfen kommen nur selten bei den bedürftigen Menschen in den Slums an. Tresa: »Untersuchungen belegen fehlende Effektivität und grassierende Korruption.«

Gonsalves sieht das ähnlich. »Unsere Stärke ist, dass wir jeden Tag in den Slums sind. Wir schaffen zunächst Vertrauen, dann informieren wir über Möglichkeiten, schließlich helfen wir bei der konkreten Umsetzung, sei es beim Ausfüllen der Formulare oder bei den Bank-Terminen." Rund 89.000 Kredite habe man bereits vermittelt - mit einer beeindruckenden Bilanz: Lediglich eine Handvoll sind laut Gonsalves nicht zurückgezahlt worden. »Durch die Kredite erhalten Frauen nicht nur Geld, sondern auch viele neue Möglichkeiten. Sie sind ein Stück mehr Gleichberechtigung«, sagt die Projektleitern.

Auch Abida hat dank Sitara von der örtlichen Bank einen Kredit erhalten. Mit dem Geld will sie weitere Nähmaschinen kaufen, zusätzliche Zimmer für das Geschäft und ihre Kinder bauen und ihren Enkeln eine gute Ausbildung ermöglichen.

Autor: Michael Radunski lebt als freier Journalist in Berlin, er hat viele Jahre in Indien gelebt.



Bislang nicht mehr als ein Versprechen

Der Zuwachs an Wohnraum hat nicht mit dem Zuzug der Landbevölkerung in die großen Städte Vietnams mitgehalten. Für Arbeitsmigrant_innen bleibt deshalb oft nur der Massenschlafsaal im Industriegebiet.

Die Wohnsituation in Vietnam verbessert sich ähnlich dynamisch wie die Wirtschaft wächst statistisch zumindest. Nach den letzten verfügbaren amtlichen Zahlen von 2015 hat jede Person rund 21 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung, 1990 waren es lediglich 6. Der Zuwachs kommt jedoch vor allem daher, dass die städtische Mittelschicht selbst Häuser gebaut oder Wohnungen in den während des noch andauernden Baubooms entstehenden Hochhäusern gekauft hat. Die ärmere Bevölkerung profitiert davon nur insoweit, als viele Wohnungseigentümer sich mit der Vermietung von Schlafplätzen etwas Geld hinzuverdienen. Einen auch nur annähernd ausreichenden Mietwohnungsmarkt gibt es jedoch nicht.

Wer aus dem von Armut und dem Klimawandel geprägten Zentralvietnam in die Stadt zieht, muss sich meist mit einem Platz in den Massenschlafsälen im Industriegürtel begnügen. Wer sich die Miete dafür nicht oder nicht mehr leisten kann, kehrt in sein Dorf zurück und ist auf die Hilfe der Familie angewiesen. Dieses traditionelle familiäre Sozialnetz immerhin funktioniert in Vietnam noch so gut, dass es insgesamt kaum sichtbare Obdachlosigkeit gibt.

Aber das traditionelle Agrarland wandelt sich schnell. Die wachsende, größtenteils exportorientierte Industrie braucht Infrastruktur und Arbeitskräfte, sie siedelt sich deshalb rund um die großen Orte an. Lebten 1999 nur 21 Prozent der Bevölkerung im urbanen Raum, sind es 2020 bereits 45 Prozent. Für die Arbeiter_innen aus Zentralvietnam fehlen dort jedoch nicht nur bezahlbare Mietwohnungen, auch der öffentliche Nahverkehr ist so schlecht, dass sie es sich nicht leisten können, zu weit weg von ihren Arbeitsstellen zu wohnen.

Der Standard ist es deshalb, dass sie in den Schlafsälen unterkommen. Bis zu 20 Personen sind in einem Raum untergebracht, berichtet Erwin Schweisshelm, langjähriger Leiter des Hanoier Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wie es dort genau aussieht, kann er nicht sagen. Als Ausländer habe er nur Vorzeigeunterkünfte zu sehen bekommen. Die seien sauber und mit Fernsehern, Gemeinschaftsbädern und -küchen ausgestattet gewesen. Die wenigen Fotos, die auf Fotoplattformen und sozialen Medien zu finden sind, lassen allerdings vermuten, dass die Bedingungen oft deutlich schlechter sind.

Die Regierung verspricht immer wieder sozialen Wohnungsbau. Früher waren damit Programme gemeint, die Wohneigentum unterstützen sollten. Nach dem Kriegsende 1975 konnten Bauern mit eigenem Feld oft besser überleben als die schlecht bezahlten Beamt_innen. Der Staat stellte seinen Angestellen deshalb Kredite bereit, die den Kauf von Wohnraum ermöglichen sollten. In den 1990er Jahren bekamen Kriegswitwen, die neben dem Mann auch noch mindestens einen Sohn im Krieg verloren hatten, vom Staat ein bescheidenes Haus geschenkt vorausgesetzt, die Männer hatten auf der richtigen, also der Seite Nordvietnams gekämpft.

92 Millionen Quadratmeter Wohnfläche entstanden, 800.000 entsprachen sozialem Wohnungsbau.

Sozialen Wohnungsbau mit subventionierten Mietwohnungen, wie er in Europa verstanden wird, sah erstmals das Wohnungsgesetz von 2014 vor. Es funktionierte aber nur in wenigen Modellprojekten. Von den damals entstandenen 92 Millionen Quadratmetern Wohnfläche waren Studien zufolge nur 800.000 Quadratmeter dem sozialen Wohnungsbau zuzuordnen – und auch die nützten kaum den Arbeiter_innen in den Industriegürteln oder Studierenden, wie ursprünglich geplant: Sie wurden überwiegend für Fischer_innen und kleine Gewerbetreibende an der Küste gebaut, die nach Hochwassern umgesiedelt werden mussten.

2016 zeigte eine Umfrage in ausgewählten Industriegürteln, dass fast jeder zweite Beschäftigte dort Wohnraum benötigte, aber nur jeder zehnte Bedarf gedeckt werden konnte. Einige Arbeiter_innen wohnten weitab der Industriezonen zur Untermiete oder in WGs. Die Regierung forderte die Gewerkschaften auf, »mit ihren reichlichen überschüssigen Geldern sozialen Wohnungsbau für Beschäftigte zu betreiben und auch Kindergärten zu bauen«, sagt FES-Experte Schweisshelm. Die offiziellen Gewerkschaften in Vietnam sind parteiabhängig, die Funktionäre des Gewerkschaftsbundes VCGL sind quasi Staatsangestellte und können deshalb Anweisungen von der Regierung erhalten. Sie organisieren keine Streiks und führen keine Tarifverhandlungen. Zwar hat sich Vietnam auf internationalen Druck entschlossen, zukünftig auch freie Gewerkschaften zuzulassen. Aber die Hürden für die Zulassung sind so hoch, dass internationale NGOs sie als nicht umsetzbar kritisieren.

Doch die Wohnungen, die die Gewerkschaften tatsächlich errichteten, reichen bei weitem nicht aus. Und Unternehmen kann der Staat nicht verpflichten. »Werkswohnungen sind gesetzlich nicht vorgeschrieben«, sagt der in Hanoi lebende Rechtsanwalt Oliver Massmann. Von selbst hätten die Unternehmen auch kein Interesse daran, denn sie fänden auch so reichlich Arbeitskräfte. Solche, die in Massenschlafsälen wohnen und von einer Rückkehr in ihre Dörfer träumen.

Autorin: Marina Mai ist freie Journalistin, sie lebt in Berlin und beobachtet seit etlichen Jahren vor allem die vietnamesische Community in Deutschland, aber auch die Entwicklungen vor Ort.



In der Textilindustrie, wie hier in Ho Chin Minh-Stadt, finden viele Arbeitsmigrant_innen Beschäftigung in den Industriegürteln um die großen Städte





Protest gegen verfehlte Stadtpolitik und reale Unterkunft – Zeltaufbau im Osten der Megastadt São Paulo (links). Die Wohnungslosenbewegung MTST, die auch mit Gewerkschaften zusammenarbeitet, kämpft für eine solidarische Stadt

Erster Schritt: Ein Zelt über dem Kopf

Die Wohnungslosenbewegung MTST kämpft in den Randgebieten der brasilianischen Städte für menschenwürdiges Wohnen - und gegen Präsident Bolsonaro.

Als sich die Corona-Krise Mitte März auch in Brasilien verschärfte, waren sie die ersten, die Hilfe in den Armenvierteln leisteten: Aktivist_innen der Wohnungslosenbewegung MTST verteilten Reinigungsprodukte, Lebensmittel und Schutzmasken an Bewohner_innen. Seit mehr als zwei Jahrzehnten kämpft MTST, die Bewegung der Arbeiter_innen ohne Dach, für menschenwürdiges Wohnen und solidarische Städte - und hat mit spektakulären Massenbesetzungen für Aufsehen gesorgt. Heute gilt sie als einflussreichste soziale Bewegung des Landes und errichtet auch in den Randgebieten der großen Städte gigantische Zeltstädte auf leerstehenden Flächen.

In Brasilien sind die Ungleichheiten extrem. Während sich die Mittel- und Oberschicht in schwer bewachten Wohnanlagen in den zentralen Gegenden abschottet, leben die Menschen in der Peripherie rund um Brasiliens Städte in kleinen Hütten aus Backstein und Wellblech. Zugleich stehen aber Millionen Wohnungen zu Spekulationszwecken leer. Aufwertungsprozesse und Immobilienspekulation machen auch vor den Randbezirken nicht halt und führen zu stetig steigenden Mieten.

Immer mehr Menschen landen so auf der Straße. Allein in der 20-Millionenmetropole São Paulo leben rund 2 Millionen Menschen in Favelas, die meist auf irregulärem Land entstanden sind und sozio-kulturelle und architektonische Spezifika haben. Rund 360.000 Familien haben keinen eigenen Mietvertrag. Sie müssen zum Beispiel bei Verwandten unterkommen. Bis zu 40.000 Menschen sind obdachlos

Ende der 1980er Jahre entstanden die ersten Wohnungslosenbewegungen in Brasilien. Heute werden alleine in São Paulo mehr als 90 Häuser besetzt gehalten. Die MTST agiert vor allem in den Randgebieten der großen Städte. »Wir wollen dort aktiv sein, wo die armen Menschen wohnen - vor allem in der Peripherie«, erklärt Josué Rocha, Koordinator der Bewegung.

Mit dem Aufbau der großen Zeltstädte klagt die MTST eine verfehlte Stadtpolitik an und bietet tausenden Familien ein Dach über dem Kopf. Ist ein Gelände besetzt, beginnen die Verhandlungen. Die progressive brasilianische Verfassung gibt den Besetzer_innen in vielen Punkten Recht, Eigentümer innen können enteignet werden, um Platz für sozialen Wohnungsbau zu schaffen. Doch die Verbindungen zwischen Politik, Justiz und Immobilienkapital sind ein offenes Geheimnis.

Trotzdem: Der MTST ist es in den vergangenen Jahren gelungen, durch Besetzungen zahlreiche Gelände zu erkämpfen und dort in Eigenregie Wohnanlagen zu bauen. Die Mittel für den Bau kommen vom Staat, den Rest stemmt die Bewegung: Auswahl der Fläche, Erstellung der Grundrisse, Organisation des Baus.

Beim konventionellen sozialen Wohnungsbau werden die tatsächlichen Baukosten so stark wie möglich gesenkt, um die Profite zu erhöhen. Es entstehen uniforme, kleine Wohnungen mit geringer Qualität. Die Bewegung geht es anders an. Kollektive Planung und soziale Kontrolle verhindern eine Extrarendite für die Baufirmen. Das gesparte Geld wird in die Wohnungen gesteckt, die darum größer und besser sind. Vielleicht noch wichtiger: Die Armen gestalten selbstbestimmt und gemeinschaftlich ihren Stadtraum.

Doch es geht der MTST nicht nur um Wohnraum. »Man kann die chronischen Probleme in den Städten nicht nur mit dem Bau von Wohnungen lösen«, meint Koordinator Rocha. Die MTST versteht sich als breite soziale Organisation, die an verschiedenen Fronten kämpft: gegen Rassismus, den Bildungsnotstand und die Auswirkungen der neoliberalen Politik.

Die MTST arbeitet auch mit Gewerkschaften zusammen. Insbesondere zu der durch Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva bekannt gewordenen Metallarbeitergewerkschaft, die im Gewerkschaftsverband CUT organisiert ist, gibt es enge Verbindungen. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften mobilisiert die MTST allerdings weniger die klassischen Industriearbeiter_innen und Angestellten, sondern konzentriert sich auf Vorstadtbewohner_innen, die vom formellen Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind.

Dass die MTST heute als eine der wichtigsten linken Stimmen des Landes gilt, hat auch mit ihrem bekanntesten Gesicht zu tun: Guilherme Boulos. Der Nationalkoordinator der MTST zog im Oktober 2018 für die Partei Sozialismus und Freiheit (PSOL) in den Wahlkampf. Zwar holte Boulos bei der Wahl nicht einmal ein Prozent der Stimmen, er setzte im Wahlkampf aber linke Akzente zu Fragen von Wohnraum, Indigenen-Rechten, Feminismus und LGBT-Politik.

Mit Jair Bolsonaro wurde dann aber ein rassistischer, homophober und neoliberaler Waffennarr zum Präsidenten gewählt. Bolsonaro versprach, die MTST als kriminelle Vereinigung einstufen zu lassen. Doch Koordinator Rocha meint: »Wir haben keine Angst vor Bolsonaro. Wir kämpfen weiter - jetzt erst recht.«



Die Corona-Kampagne der MTST können Sie hier unterstützen: www.vakinha.com.br/vaguinha/ajude-os-semteto-a-enfrentar-o-coronavirus

Autor: Niklas Franzen lebt als Korrespondent in Brasilien



Mehr als ein reines Hochschulprogramm

Wissensvermittlung und internationale Vernetzung von Gewerkschaftsarbeit sind die Ziele der Global Labour University. Das wissen auch die Inderin Aparna Roy und die Pakistanerin Shaheena Kausar zu schätzen, die beide Stipendiatinnen des DGB Bildungswerks sind.

Im Grunde war es »Der Alchemist« von Paulo Coelho, der Aparna Roy aus Kerala in Südindien nach Kassel geführt hat. Zumindest habe der Roman über einen jungen Hirten auf der Suche nach dem Glück ihr klar gemacht, dass ihre gewerkschaftliche Arbeit mit Näherinnen und Hausangestellten eine internationale Perspektive brauche. »Deshalb studiere ich an der Global Labour University«, sagt sie.

Dafür nimmt Aparna »ein sportliches Programm« auf sich, wie die Koordinatorin der Universität, Simone Buckel, erklärt. Um den Master Labour Policies & Globalisation der Global Labour University (GLU) zu erwerben, müssen die Studierenden sich zwei Semester lang beispielsweise mit internationalen Arbeitsstandards, fairen Lohnstrategien in der globalen Wirtschaft und Arbeitsqualität in globalen Lieferketten beschäftigen. Sie machen ein sechswöchiges Pflichtpraktikum in Brüssel oder Genf bei einer internationalen Gewerkschaftsorganisation oder der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Hinzu kommen Exkursionen, Workshops und Treffen mit Alumni. Zulassungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium in Recht, Sozialwissenschaften, Wirtschaft oder Pädagogik. »Alle, die an unserem Programm teilnehmen«, sagt Koordinatorin Buckel, »haben Vorerfahrung mit Arbeitsthemen. Sie engagieren sich in Gewerkschaften oder in Organisationen, die zu Arbeitsthemen arbeiten.« Andere hatten einen Arbeitsfokus in ihrem Studium.

Aparna Roy hat Wirtschaftswissenschaften in Kerala und Development in Bangalore studiert. Nach ihrem Master arbeitete sie für die Asia Floor Wage Alliance, eine NGO, die für existenzsichernde Löhne und Vereinigungsfreiheit sowie gegen geschlechtsspezifische Gewalt in der Bekleidungsproduktion kämpft. Die 25-Jährige hat schon früh erlebt, »wie Frauen in unserer Gesellschaft in Bezug auf Löhne und andere Leistungen diskriminiert wurden«. Ihre Mitstudentin Shaheena Kausar kommt aus Pakistan. Die 39-Jährige hat Politikwissenschaften in Punjab studiert und als Organizerin bei der Frauengewerkschaft WWU gearbeitet, die zur Muttahida Labour Federation gehört. Shaheena hatte bereits Kontakte zu deutschen Gewerkschaften, bevor sie sich für ein Stipendium bei der GLU beworben hat. »Ich habe in Pakistan eng mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengearbeitet.« Beide Gewerkschafterinnen sind Stipendiatinnen des DGB Bildungswerks, das Stipendium ist aus Mitteln des BMZ finanziert. »Als Kind einer indischen Mittelschichtsfamilie könnte ich mir einen Studienaufenthalt im Ausland sonst gar nicht leisten«, sagt Aparna Roy.

Pro Jahrgang absolvieren im Schnitt zwischen 15 und 20 Studierenden die Kurse der GLU, die meisten von ihnen kommen aus Ländern des globalen Südens. Regulär findet ein Semester an der Universität Kassel und eines an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin statt. »Während die Seminare in Berlin eher einen ökonomischen Ansatz verfolgen, setzen die Dozent_innen in Kassel auf politikwissenschaftliche Themen«, erklärt Koordinatorin Buckel. Wie schreibt man policy papers? Was gibt es für Or-



Hat schon früh erlebt, wie Frauen bei Löhnen und anderen Leistungen diskriminiert wurden – Aparna Roy

ganisationen im gewerkschaftlichen Umfeld? Wie entwickeln sich Löhne, Wertschöpfung und Arbeitskämpfe entlang der globalen Lieferketten? Welche internationalen Instrumente gibt es, um Arbeitsrechte durchzusetzen? Der Lehrplan wurde gemeinsam von Universitäten und Gewerkschaften aus der ganzen Welt entwickelt.

Partneruniversitäten gibt es in Brasilien, Indien, Südafrika und in den USA. Entsprechend weit gestreut ist der Kreis der Alumni. An die 450 Absolvent_innen gibt es inzwischen. Ein Netzwerk, das die GLU mit einem jährlichen Workshop für je 30 bis 40 Ehemalige pfleqt. »Wir sind

kein reines Hochschulprogramm, wir vernetzen die Kolleg_innen weltweit, um so zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften in Zeiten der Globalisierung beizutragen«, sagt Simone Buckel. Die Universität soll mehr sein als ein Ort akademischer Wissensvermittlung.

Dazu tragen letztlich die Master-Kandidat_innen selbst bei. Aparna etwa kann ihre gewerkschaftlichen Erfahrungen aus Kerala und Assam in die Diskussionen in Kassel einbringen. Bei der Asia Floor Wage Alliance hat sie als Kampagnenkoordinatorin für Südindien gearbeitet und dort kleinere Bekleidungsgewerkschaften vernetzt und zu geschlechtsspezifischer Gewalt recherchiert. Bei der Frauengewerkschaft AMTU in Kerala hat sie Projektarbeit geleistet. AMTU wurde mit Streiks für Sitzgelegenheiten und Toiletten für Verkäuferinnen im Textil- und Einzelhandelssektor bekannt. In Assam hat Aparna mit Hausangestellten gearbeitet, die vielfältigen Diskriminierungen und Übergriffen ausgesetzt sind. »Die GLU gibt uns Studierenden die Gelegenheit, unsere Erfahrungen zu teilen - mit Arbeitsfragen, Kämpfen und Gewerkschaftsstrategien in verschiedenen Sektoren und in verschiedenen



Shaheena Kausar ist überzeugt, dass »jeder Gewerkschaftsaktivist Wirtschaftswissenschaften und internationale Wirtschaftsgeschichte studieren sollte«

Ländern«, so beschreibt Aparna, was ihr mit das Wichtigste an den Seminaren in Deutschland ist.

Nach dem Ende ihres Masterstudiums in Deutschland wollen Aparna und Shaheena wieder ihre Gewerkschaftsarbeit in Kerala und Punjab aufnehmen. Shaheena ist inzwischen überzeugt, dass »jeder Gewerkschaftsaktivist Wirtschaftswissenschaften und internationale Wirtschaftsgeschichte studieren sollte«.



Autorin: Uta von Schrenk

Ex-IGB-Präsident João Felício tot

Der brasilianische Gewerkschaftsführer João Antonio Felício ist Mitte März nach langer Krankheit verstorben. Felício war von 2014 bis 2018 Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB). Die internationale Gewerkschaftsbewegung würdigt seinen lebenslangen Einsatz für erwerbstätige Menschen und seine zahlreichen Errungenschaften sowohl zu Hause in Brasilien als auch auf internationaler Ebene: Geboren wurde Felício 1950 in Itapuí im Bundesstaat São Paulo in Brasilien. Mit 15 arbeitete er als Metzger, später studierte er Zeichnen und Bildende Kunst sowie Künstlerische Bildung und Kunstgeschichte. Er arbeitete als Zeichenlehrer, als er sich 1977 über die Lehrerproteste für bessere Lebensbedingungen und gegen die Militärdiktatur politisierte.

1978 und 1979 gehörte er zum Organisationskomitee während des Streiks, zu dem die



Lehrkräfte nach Jahrzehnten der Isolation aufgerufen hatten. 1980 war er bei der Gründung der Arbeiterpartei dabei, 1981 wurde er in den Vorstand der Lehrergewerkschaft

des staatlichen Bildungssystems in São Paulo gewählt. 1983 beteiligte er sich am Prozess, der zur Gründung des Gewerkschaftsbundes CUT führte. 1987 wurde er Präsident der Lehrergewerkschaft und zweimal wiedergewählt. In dieser Zeit fand der mit 82 Tagen längste Lehrerstreik aller Zeiten statt, der zu 126 Prozent mehr Gehalt führte.

1994 begann Felícios Karriere in der CUT, deren Nationaler Präsident er mehrfach wurde. Er half beim Aufbau des Weltsozialforums, koordinierte die Kampagnen zu den Wahlen von Lula und Dilma. 2007 wurde er als CUT-Vertreter im Vorstand des IGB und im Vorstand des Gesamtamerikanischen Gewerkschaftsbundes (CSA) nominiert. Schon da war er einer der Vizepräsidenten des IGB, zu dessen Präsident er 2014 gewählt wurde.

COVID-19: Beschäftigte im Fokus

Argentinien, Österreich, Kanada, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Irland, Neuseeland, Norwegen, Singapur, Schweden und das Vereinigte Königreich sind einer Analyse des IGB zufolge die Länder, die ihren Kampf gegen das neuartige Corona-Virus am ehesten an den Zielen



ausgerichtet haben, Leben, Jobs und Einkommen zu schützen. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation zu Folge könnte die Corona-Krise weltweit bis zu 25 Millionen Jobs kosten. »Direkte Hilfe der Regierung für die Realökonomie ist der einzige Weg, bei dem Beschäftigte während des Shutdowns in der Lage sind, zu Hause zu bleiben und ihre Familien zu ernähren«, sagt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Allerdings gebe es durchaus noch »signifikante Lücken«, auf deren Schließung die Gewerkschaften vehement drängen müssten. Die stärkste Wirkung unter möglichen Maßnahmen hätten Lohnfortzahlung bei Krankheit, Lohn- und Einkommensunterstützung für Freiberufler_innen, Selbstständige und Arbeitende in der Gig Economy, Darlehen für Miet- und Hypothekenzahlungen und ein freier Zugang zu Gesundheitsleistungen.

Mehr dazu: www.ituc-csi.org/IMG/pdf/20200327_ ituc_covid-19_countryresponses_.pdf

Schlechte Aussichten für die Jugend

Weltweit sind immer weniger junge Menschen erwerbstätig. Obwohl die Gesamtzahl der 15- bis 24-Jährigen von 1999 bis 2019 von 1 auf 1,3 Milliarden stieg, waren zuletzt nur noch 497 Millionen davon beschäftigt, vor 20 Jahren waren es noch 568 Millionen gewesen. Das ist nur zu einem kleinen Teil damit zu erklären, dass junge Menschen inzwischen länger im Bildungssystem verweilen. Jede_r Fünfte gehört zu den sogenannten NEETs (not in employment, education

oder training nicht beschäftigt, im Bildungssystem oder der Ausbildarunter dung), doppelt so viele Frauen wie Männer. Diese und andere Trends beschreibt der Report »Global Employ-



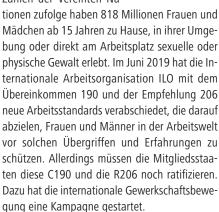
ment Trends for Youth 2020« der Internationalen Arbeitsorganisation. Auf 184 Seiten gehen die Expert_innen ins Detail, sezieren die Entwicklungen in den Regionen und stellen Empfehlungen auf.



Mehr: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/— -dgreports/—-dcomm/—-publ/documents/ publication/wcms_737648.pdf

Ratifiziert die C190!

Genderbasierte gehört Gewalt noch immer zu den meisttolerier-Verletzungen der Menschenrechte. Zahlen der Vereinten Na-



www.ituc-csi.org/GBV?lang=en

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V. Vorsitzende: Elke Hannack Geschäftsführerin: Claudia Meyer Verantwortlich: Valerie Franze Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND Nord | Süd-Netz Hans-Böckler-Straße 39 40476 Düsseldorf

Tel: 0211/4301-329 Fax: 0211/4301-500 nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgebei verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des





Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung